Nushası 5 Kruştur

ABONE
(Posta ücreti dahil olmak üzre)

	DAHIL İÇIN	HARIÇ İÇIN
Aylık	Türk lirasi 1.50	R.M. 5.—
Üç aylık	„ „ 4.25	„ 13.—
Altı aylık	„ „ 8.—	„ 25.—
Bir senelik	„ „ 15.—	„ 50.—

yahut mükabili.

Idarehane
Tekke Cadesi No. 585 ve 587.
Telgraf adresi: Türkpost.
Telefon: Beyoğlu 209 ve 210.
Posta Kutusu: Galata 269.

Türkische Post

Preis der Einzelnummer: 5 Kruş

BEZUGSPREISE:

	Inland	Ausland
für 1 Monat	T. Pfd. 1.50	R.M. 5.—
„ 3 Monate	„ 4.25	„ 13.—
„ 6 Monate	„ 8.—	„ 25.—
„ 12 Monate	„ 15.—	„ 50.—

oder Gegenwert

Geschäftsleitung:
Tekke-Strasse Nr. 585-587.
Drahtanschr.: Türkpost.
Fernspr.: Beyoğlu 209 u. 210.
Postfach: Galata 269.

5. Jahrgang Nr. 291 — Tageszeitung für den Nahen Osten — Stambul, Mittwoch, 22 Okt. 1930

Organ der Deutsch-Türkischen Vereinigung, Berlin, der Türkisch-Deutschen Handelskammer, Hauptsitz Frankfurt a. M. und der Deutschen Handelskammer in Wien.

Jugoslawische Kriegsvorbereitungen.

Manchester Guardian veröffentlicht aus der Feder seines Balkankorrespondenten einen bemerkenswerten Artikel über die italienisch-jugoslawische Kriegsgefahr und die Kriegsvorbereitungen der königlichen Diktatur in Belgrad. Der Korrespondent widerlegt in sehr nachdrücklicher Weise die im westlichen Europa stark verbreitete Auffassung, als ob Mussolini bewußt einen Offensivkrieg gegen Jugoslawien vorbereiten würde, hebt aber dann hervor, „daß Jugoslawien das einzige Land in Europa ist, wo Krieg als etwas Prächtiges angesehen wird, und wo die Einführung der Diktatur gleichbedeutend war mit der Uebergabe der Macht an eine starke militärische Clique". Auch die besonders durch die jugoslawische Propaganda stark verbreitete Meinung, daß Italien durch den Bau eines großen Netzes strategischer Wege in Albanien einen Flankenangriff gegen Jugoslawien vorbereite, widerlegt der Korrespondent mit großem Nachdruck. „Ich habe im vergangenen Jahr mit eigenen Augen gesehen, welche Wege in Albanien gebaut worden sind. Die Wege dienen zweifellos einem einzigen Zweck, zwischen Städten, die bisher nur durch sehr schlechte Wege miteinander verbunden waren, als Handelsverbindungen zu dienen. Im Kriegsfalle können immerhin alle Straßen und Wege strategischen Zwecken dienen, doch die neuerbauten Wege in Albanien münden in Gebirgsgegenden, die durch über 6000 Fuß hohe, weglose Bergrücken abgeschlossen sind."

Ueber die an der Westgrenze Jugoslawiens in Angriff genommenen Wegbauten weiß aber der Korrespondent folgendes zu berichten: „Aus verläßlichen kroatischen Quellen erfuhr ich, daß in der Nähe der jugoslawisch-österreichischen Grenze sechs neue Straßen gebaut werden, die alle von der alten Heerstraße Karlstadt—Laibach—Aßling abzweigen. Die Arbeiten werden von zur Waffendienstleistung einberufenen Reservisten ausgeführt. Jeder Reservist erhielt die Weisung, Lebensmittel für acht Tage mitzubringen. Ferner wurde in Belgrad beschlossen, den Bau einer guten Automobilstraße zwischen Belgrad und Zagreb in Angriff zu nehmen. Es wird ferner an der Vorbereitung einer neuen Eisenbahnlinie Gottschee—Vrbsko gearbeitet. Diese neue Linie wird die beiden Hauptlinien Marburg—Laibach und Zagreb—Susak verbinden, um eine rasche Verschiebung der jugoslawischen Truppen im Abschnitt Fiume—Laibach sowie eine bessere Verbindung Dalmatiens mit Slowenien zu ermöglichen."

Der Korrespondent knüpft keine Folgerungen an diesen Bericht und überläßt es dem Leser, die logischen Schlüsse aus ihnen zu ziehen. Jedenfalls ist es bezeichnend, daß selbst die große englische liberale Zeitung sich in objektiver Weise gegen die Gerüchte ausspricht, die Italien der forcierten Rüstungen beschuldigen, und die Aufmerksamkeit auf die Vorbereitungen Belgrads lenkt, die man kaum als besonders friedliche bezeichnen kann.

Snowden zur Weltwirtschaftskrise.

Manchester, 21. Okt. (A.A.)

In einer Rede erklärte Snowden, dass der Protektionismus zu endlosen Konflikten und zum Chaos in der Industrie führen müsste. Vor dem Wechsel des Systems, sagte Snowden, müsse bewiesen werden, dass die Freiheit des Güteraustausches nicht das günstigste Wirtschaftssystem für Grossbritannien sei. Was die Weltkrise betrifft, sei sie auch anderswo nur vorübergehend.

Pilgerfahrt des König von Italien nach Palästina.

Jerusalem, 21. Oktober (A.A.)

Nach hier umlaufenden Gerüchten soll der König von Italien die Absicht haben, eine Pilgerfahrt nach Palästina zu machen und das Weihnachtsfest in Jerusalem zu verbringen.

Gestriger Schluss-Kurs:
1 Reichsmark = 50.50 Piaster.

Muamer Rachid Bej zum Rektor der Stambuler Universität ernannt.

Aus Ankara wird gemeldet, dass das Unterrichtsministerium Muamer Rachid Bej zum Rektor der Stambuler Universität ernannt hat.

Reorganisation der Volkspartei.

Mit den in den letzten Sitzungen der Fraktion der Volkspartei beschlossenen Reformen in der Partei und deren Durchführung wird anfangs kommenden Monats begonnen werden. Wie verlautet, wird der aus 40 Personen bestehende Vorstand der Partei vor Beginn der Kammersession zusammentreten und die Massnahmen zur Durchführung der Reformen besprechen. Nach dem Beschluss des Vorstandes sollen neue Organisationen in den Wilajets gegründet werden.

Flandin.

Der französische Handelsminister Flandin ist gestern von Konstanza in Stambul eingetroffen.

Der Minister wird sich heute in Begleitung des französischen Botschafters nach Ankara begeben, um dem Wirtschaftsminister Mustafa Scherif Bej und anderen Regierungspersönlichkeiten seinen Besuch zu machen.

Der Minister erklärte der Presse gegenüber, dass er Erklärungen erst geben könne, wenn er von Ankara zurückgekehrt sei. Er werde voraussichtlich am Samstag wieder nach Stambul zurückkehren und nach Sofia und Athen weiterreisen. Von Griechenland aus werde er direkt nach Paris zurückkehren. Die Gerüchte, wonach seine Reise mit der Aufnahme einer Anleihe in Verbindung stehe, seien erfunden. Er werde in Ankara über die türkisch-französischen Handelsangelegenheiten Besprechungen führen.

Weniselos.

Der griechische Ministerpräsident Weniselos wird am kommenden Sonntag in Begleitung des Aussenministers Michalakopulos mit dem Kreuzer „Elli" in Stambul eintreffen und mit seinem Gefolge direkt von Haidar Pascha aus mit einem Sonderzug nach Ankara weiterreisen. Der türkische Gesandte in Athen, Enis Bej, wird den Ministerpräsidenten auf seiner Reise nach der Türkei begleiten. In Ankara wird der griechische Ministerpräsident im Ankara-Palast Wohnung nehmen.

Aus der türkischen Presse.

In seinem heutigen „Griechenland auf der Balkankonferenz" betitelten Artikel in der *„Milliyet"* schreibt *Seki Messut Bej*, dass Griechenland durch seine Lage, in der es sich befinde, zu einem aufrichtigen Verfechter des Friedens auf dem Balkan geworden sei, weil es keinerlei gegen andere Balkanstaaten gerichtete Ziele verfolge, und nur das, was es z. Zt. in der Hand halte, weiterhin beschützen möchte. Infolgedessen sei Griechenlands Politik auf dem Balkan keine revolutionäre, sondern eine konservative, und Griechenland hätte das grösste Interesse daran, seine Politik durch die auf Verständigung basierenden Bindungen unter den Staaten des Balkan gefestigt zu sehen.

In seinem Leitartikel in der *„Cumhuriet"*, den er aus Wien schreibt und „Parteien in den deutschen Ländern" betitelt, schildert *Junus Nadi Bej* die parteipolitische Lage Deutschlands sowie Oesterreichs, und gibt ein Bild der Verhältnisse, die nach dem Siege der Nationalsozialisten bei den letzten Reichstagswahlen die deutsche politische Welt beherrschen. Junus Nadi Bej gibt dann seiner Meinung dahingehend Ausdruck, dass eine Beteiligung der Nationalsozialisten an der Regierung voraussichtlich unwahrscheinlich wäre, dass aber die Nationalsozialisten in die politische Sphäre Deutschlands trotzdem einen gänzlich neuen Faktor hineingetragen hätten, und man gehe nicht fehl, wenn man behaupte, dass sie soviel Einfluss auf die Politik ausüben würden, dass sich dadurch vielleicht Notwendigkeiten wie z. B. eine Revision des Vertrages von Versailles, einstellen würden. Junus Nadi Bej behandelt dann die innerpolitischen Verhältnisse Oesterreichs und die bevorstehenden Wahlen und vergleicht die Heimwehrbewegung in Oesterreich mit der nationalsozialistischen Bewegung Hitlers in Deutschland.

Grosse Explosionskatastrophe bei Aachen.

570 Bergleute verschüttet — 95 Tote — 76 Verwundete.

Berlin, 21. Oktober.

Durch eine Explosion in den Dynamitdepots der bei Alsdorf in der Nähe von Aachen liegenden Gruben sind die Wilhelmschächte zusammengestürzt. Die Explosion war in einer Entfernung von vielen Kilometern im Umkreis hörbar. Die Fensterscheiben der umliegenden Häuser wurden durch die Explosition zertrümmert und Dächer wurden zum Einsturz gebracht. Hunderte von Bergleuten sind noch verschüttet. Die Zahl der Toten und Verwundeten wird auf etwa 200 geschätzt.

Berlin, 21. Oktober.

Der Bergwerkskatastrophe von Alsdorf sind bis jetzt 95 Menschenleben zum Opfer gefallen. Mehr als 570 Bergleute sind eingeschlossen gewesen, von denen bis jetzt 420 ausgegraben wurden während 150 noch eingeschlossen sind. 76 Verwundete sind in die Krankenhäuser eingeliefert worden. Die Rettungsmannschaften sind durch die Feuerwehren der angrenzenden Schächte und Dörfer verstärkt worden. Die Bergungsarbeiten werden fieberhaft fortgesetzt.

Berlin, 21. Oktober.

Der belgische Aussenminister beauftragte den Botschafter in Berlin, der Reichsregierung das Beileid der belgischen Regierung zum Grubenunglück in Alsdorf auszusprechen.

Berlin, 21. Oktober.

Der Reichspräsident von Hindenburg sandte dem Regierungspräsidenten von Aachen anlässlich des Bergwerkunglücks in den Wilhelmschächten und auf der Grube „Anna II" folgendes Telegramm:

„Die Nachricht von dem Bergwerksunglück hat mich tief erschüttert. Ich bitte, meine aufrichtige Anteilnahme den Hinterbliebenen zum Ausdruck bringen zu wollen, und den Verletzten meine besten Wünsche zur baldigen Genesung."

Der Reichskanzler und die Reichsregierung haben ebenfalls Beileidstelegramme an die Grubenverwaltung gerichtet.

Attentate in Polen.

Der Kampf aller gegen alle.

Warschau, 21. Oktober.

Die in Czenstochau und Sosnowitz verübten politischen Morde und Selbstmorde haben in der gesamten öffentlichen Meinung Polens grosse Erregung hervorgerufen, die dadurch durchaus nicht gemildert wird, dass beispielsweise Militärorganisationen und Anhänger Pilsudskis durch grosse Plakate verkünden lassen, jeder Attentatsversuch, sei es von links oder rechts, namentlich aber gegen den Marschall Pilsudski werde als ein Zeichen zum offenen Kampf aufgefasst werden. In diesem Kampfe würden die Feinde des Marschalls mit Stumpf und Stil ausgerottet werden.

Im Zusammenhang damit stellt „ABC" folgende Frage: „Warum sind die Spalten der polnischen Blätter voll von trüben Nachrichten über Haussuchungen, Verhaftungen, über Geheimnisse von Gefängnissen, über Parteispaltungen und Ueberfälle, über blutige Attentate, über vermutete, beabsichtigte und ausgeführte Anschläge? Von wo kommt dieser blutige Nebel, der die polnische Luft verschlechtert?" Auf diese Frage versucht das Blatt, wie folgt zu antworten: „Diese letzten Vorgänge beleuchten in blutiger Weise die Ergebnisse einer unzulässigen politischen Methode. Denn nur in einer vergifteten Atmosphäre können derartige Fälle vorkommen. Wer in der politischen Agitation ohne Bedenken an die niedrigsten menschlichen Instinkte appelliert, muss die Früchte einer um sich gesäten Verwilderung ernten." Das Regierungsblatt „Przeglond Wieczorny" ist dagegen der Meinung, dass die letzten Ereignisse vielmehr die Folgen einer vollkommenen Anarchie innerhalb der Oppositionsparteien seien. Denn den Führern derselben seien die Zügel aus den Händen geglitten. Das Blatt schliesst, diese Früchte der Anarchie müssen aus unserem politischen Leben beseitigt werden. Das sozialistische Hauptblatt „Robotnik" erklärt zu dem Czenstochauer Vorfall folgendes: „Eines wissen wir genau, dass es in Czenstochau eine Bojowka weder gegeben hat noch gibt und dass Kostrzewski (der Attentäter) infolgedessen auch nicht Kommandant dieser Bojowka sein konnte.

Am Schlusse seiner Ausführungen sagt er, dass die Nationen unter dem Druck und Einfluss verschiedener Faktoren sich in einem Zustande des Chaos befänden. Briand aber tröste sich auf der anderen Seite mit dem Gedanken einer Union der europäischen Staaten, versuche vielmehr die anderen damit zu täuschen: „In diesen Tagen ist der französische Aussenminister ziemlich still geworden. Wahrscheinlich hat er es auch selbst bemerkt, dass seine Lieder aus Misstönen bestehen."

In *„Vakit"* schreibt *Assim Bej*, dass in Smyrna, in der Geburtsstadt des „Vereins zur Verteidigung der Rechte", dem alle Ziele des Freiheitskampfes einer ganzen Nation galten, die Volkspartei nicht soviel Stimmen verlieren dürfte.

In *„Jarin"* schreibt *Arif Orutsch Bej*, dass sein veröffentlichter Vorschlag über die Uebernahme des Postens des Ministerpräsidiums durch den Staatspräsidenten von ihm selbst herrühre und nicht mit der liberalen Partei in Verbindung zu bringen sei, und sagt, dass die Veröffentlichungen des „Jarin" immer aus seinen persönlichen Ueberzeugungen bestehen. Infolgedessen wäre es verfehlt, deswegen die liberale Partei anzugreifen.

Die Revolution in Brasilien.

Buenos Aires, 21. Okt. (A.A.)

Aus Porto Alegro wird gemeldet, dass die Aufständischen auf der ganzen Front vorgehen. Sie haben an mehreren Stellen den Fluss Paranapanema und den Itare überschritten und drangen in den Staat Sao Paulo ein. Der Anschluss an die Bundestruppen, die sich geschlagen zurückziehen, ist verloren.

Aus dem Staate Espirito Santo wird ebenfalls ein Vorgehen der Aufständischen gemeldet.

Porto Alegro, 21. Okt. (A.A.)

Die Aufständischen bestätigen, dass sie im Staate Matto Grosso ihre Streitkräfte zusammengezogen haben. Die neugebildeten Formationen der Bundesregierung haben revoltiert und ihr Kommandant hat das Amt eines Präsidenten des Staates Matto Grosso übernommen. Eine Meldung aus Buenos Aires besagt, dass der Abgeordnete Collor, der die Aufständischen in Argentinien vertritt, eine Depesche veröffentlicht, wonach die Revolutionäre sich der Hauptstadt des Staates Matto Grosso, Cuyaba, nähern. Das 17. Jägerregiment wurde zurückgeschlagen und befindet sich im Rückzug gegen die bolivianische Grenze. Die in Cuyaba neueingezogenen Bundestruppen haben revoltiert.

Zur Krönungsfeier des Kaisers von Abessinien.

Addis Abeba, 21. Okt. (A.A.)

Die deutsche, schwedische, amerikanische und griechische Abordnung, die der Krönungsfeier des Kaisers von Abessinien beiwohnen, sind heute morgen hier eingetroffen. Die Abordnungen wurden von zahlreichen abessinischen Würdenträgern und einer grossen Menschenmenge enthusiastisch begrüsst.

Die Ueberschwemmungen in Spanien.

Madrid, 21. Oktober (A.A.)

Der Gouverneur von Tarragon hat dem Ministerpräsidenten über die Schäden, anlässlich der Ueberschwemmungen durch den Fluss Francoli Bericht erstattet. Bis jetzt seien 14 Tote aus dem Fluss gezogen worden, ausserdem sollen 20 Personen Verletzungen erlitten haben.

Zu wenig Schulen in Palästina.

(Eigener Dienst der „Türkischen Post").

Trotzdem in Palästina kein offizieller Schulzwang besteht, ist der Andrang der Lernbegierigen zu Beginn des Schuljahres immer sehr gross und alljährlich muss ein grosser Teil der Aufnahmesuchenden abgewiesen werden, da der vorhandene Schulraum nicht ausreicht. Während die Juden über ein wohlausgebautes eigenes Schulsystem verfügen, sind die Mohammedaner, was die Schulung ihrer Kinder betrifft, fast ausschliesslich auf die von der Regierung unterhaltenen Volksschulen angewiesen, sofern sie ihre Kinder nicht in eine der zahlreichen christlichen Missionsschulen schicken wollen. Die Zahl der amtlichen Schulen hat sich aber nicht im gleichen Masse vergrössert wie das Verlangen nach elementarer Schulung der Kinder unter der arabischen Bevölkerung, besonders auf dem Lande. So kommt es, dass einem grossen Teil der arabischen Jugend noch immer der Segen einer elementaren Schulbildung vorenthalten bleibt. Das Erziehungsdepartement, das von der arabischen Presse wegen dieses Misstandes auch heuer wieder scharf angegriffen wird, schützt zumeist Geldmangel vor, doch weisen die Blätter darauf hin, dass der Titel Erziehung im palästinensischen Haushalt nur 5 Prozent betrage, während andere Länder bis zu 30 Prozent für diesen Zweck ausgäben. Weitere Mittel könnten z. B. auch durch Kürzung der ohnehin viel zu hohen Gehälter der englischen Beamten freigemacht werden. Das englische „Falastin" macht für die unhaltbaren Zustände im palästinensischen Erziehungswesen die Balfourdeklaration verantwortlich.

„Franzosen" im Banat.

In der Hauptstelle der Deutsch-schwäbischen Volksgemeinschaft zu Temesvar wurden im Laufe des Sommers die auf verschiedenen Selbstzählungen und Berichten beruhenden Angaben zu einer statistischen Uebersicht über das Deutschtum im Banat, im Arader und Sathmarer Komitat zusammengestellt. Darunter findet sich eine köstliche Kuriosität. Von den Einwohnern der Gemeinde Triebswetter gehören nach der amtlichen Statistik 1360 „anderen Nationen" an; sie sind, wenn man näher nachforscht, statistisch als „Franzosen" bezeichnet, während sie sich in Wirklichkeit als biedere Schwaben bekennen. Es handelt sich um die Nachkommen von vor 200 Jahren eingewanderten Elsässern. Sie nur auf Grund ihrer teilweise französisch klingenden Namen im Jahre 1924 als Franzosen wiederentdeckt zu haben, ist das grosse Verdienst des damaligen Dorfnotärs Popovici, der die Triebswetterer gegen ihren eigenen Willen und trotz ihrer heftigen Proteste zu Franzosen stempelte. Die amtliche Statistik führt auch heute noch diese Franzosen auf, obgleich Triebswetter ein zu 90 v. H. deutscher Ort ist. Wir glauben allerdings kaum, dass sich die „Alliance française" in der Zwischenzeit diese Entdeckung eines rumänischen Dorfnotärs zu eigen gemacht hat.

„G 38" nach Athen abgeflogen.

Das Junkers-Riesenflugzeug „G 38" das, wie bekannt, bei seinem ersten Start nach Athen auf der Höhe der Marmarainseln, eine Unregelmässigkeit im Funktionieren eines ihrer 4 Motoren feststellte und wieder nach dem Flugplatz in Jeschilköj zurückkehrte, ist gestern nach Athen gestartet.

Die Zukunft Oesterreichs.

—o—

Von Bundeskanzler a. D. Dr. Schober.

Für die österreichischen Nationalratswahlen hat sich Dr. Schober dem in der Entstehung begriffenen Mittelblock zur Verfügung gestellt. Seine maßvollen Darlegungen über die wirtschaftliche und politische Lage Oesterreichs verdienen schon deshalb Interesse.

Oesterreichs gegenwärtige Politik ist untrennbar mit wirtschaftlichen Erwägungen verknüpft. Die Friedensverträge schnitten es von vielen seiner Hilfsquellen ab, auf die es sich früher hinsichtlich des Bezuges und der Ergänzung seiner Rohstoffe verlassen konnte, und gleichzeitig nahmen sie ihm einige seiner besten Absatzmärkte. Deshalb sind wir gezwungen, die uns noch verbliebenen Hilfsquellen bis zum Aeußersten auszunutzen, und dürfen keine Anstrengungen scheuen, unserer überschüssigen Produktion neue Absatzgebiete zu erschließen. Bei der Berücksichtigung dieser Tatsache ergibt sich ganz von selbst die Notwendigkeit für uns, unsere Außenpolitik in Europa einem liberalen Handelssystem anzupassen, denn wir können durch eine solche Politik nur gewinnen. Unglücklicherweise sind wir jedoch nicht imstande, in dieser Richtung anderen, mächtigeren europäischen Ländern voranzugehen. Der Druck wirtschaftlicher Verhältnisse veranlaßt uns gegenwärtig, unsere Zuflucht zu lediglich aus Notwehr entstandenen protektionistischen Maßnahmen zu nehmen, doch sollte man nicht vergessen, daß wir uns innerhalb derjenigen Gruppe europäischer Nationen befinden, deren Zolltarifsätze verhältnismäßig niedrig sind. Es ist wahr, daß wir gemäß den Abkommen mit einigen unserer Nachbarstaaten einige unserer Zolltarife etwas erhöht haben, doch handelt es sich hierbei nur um Zwangsmaßnahmen, die unverzüglich außer Kraft gesetzt werden, sobald die wirtschaftlichen Verhältnisse Oesterreichs auf einer gesunden Grundlage gefestigt sind und dieses gestatten. Unser Endziel gipfelt in der Erhöhung des Lebensstandards unseres Volkes, und dieses Ziel hoffen wir am besten durch Erweiterung unseres Außenhandels und durch Vervollkommnung der Staatsautorität innerhalb unserer Grenzen zu erreichen.

Ich freue mich, heute erklären zu können, daß mit der Neuorientierung der politischen Kräfte in Mitteleuropa und der Bereinigung des Problems der Ostreparationen das protektionistische System im Außenhandel einiges von seiner bisherigen Bedeutung zu verlieren beginnt.

Manchmal hat das Ausland behauptet, die letzten Verfassungsänderungen in Oesterreich hätten der Umwandlung unseres demokratischen Regierungssystems in ein konstitutionelles gedient, das bereits den Charakter einer Diktatur aufweist. Doch möchte ich hiemit betonen, daß diese Aenderungen keineswegs als eine Abweichung von den Grundlagen der Demokratie aufzufassen sind. Der Zweck dieser Verfassungsreformen bestand hauptsächlich darin, das Staatsruder zu stärken, die inneren Zwistigkeiten im Lande zu beseitigen, die finanziellen Verhältnisse zu stabilisieren und der gesamten Bevölkerung gesündere Lebensbedingungen zu verschaffen. Heute bestimmt der Bundespräsident die vom Nationalrat gewählte Bundesregierung. Ihm untersteht das Bundesheer, das früher der Aufsicht des Nationalrats unterworfen war. Diese Reform hat sich als sehr praktisch erwiesen. Sie verstößt nicht gegen die Prinzipien der Demokratie. Auch sonst war es unser Bestreben, die Exekutivgewalt des Präsidenten nach Möglichkeit zu stärken. Alle diese Reformen bewegen sich jedenfalls streng im Rahmen der Oesterreichischen Verfassung vom Jahre 1920.

Wie bereits erwähnt, ist die Außenpolitik Oesterreichs ganz besonders von wirtschaftlichen Bedingtheiten abhängig. Die Festigung und der Ausbau unserer Handelsbeziehungen zu anderen Ländern werden auch künftig unser Hauptziel bleiben, und es läßt sich nicht verkennen, daß wir auf diesem Wege in letzter Zeit gut vorwärts gekommen sind. Ich nenne hier vor allem den von uns in diesem Jahr mit Italien abgeschlossenen Vertrag, der eine Periode der